

Platz abbeck

Nr. 3, 18. April 2015

DIE LINKE.

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de



Hochhäuser in Chorweiler

NRW-Bank muss soziale Stadtentwicklung fördern!

Die NRW-Bank ist nicht irgendeine Bank. Als Förderbank des Landes NRW finanziert sie, so heisst es im Vorwort zu ihrem Geschäftsbericht 2014, „gezielt Vorhaben und Programme zur Verbesserung der Lebensgrundlagen, der sozialen Entwicklung sowie des Umwelt- und Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen.“⁴¹ Im Förderfeld Wohnen geht es Ihr demnach um die „ganzheitliche Förderung von Wohnen und Wohnumfeld sowie einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung.“⁴²

Auch eigene Erträge, die sie im Rahmen ihrer, so wörtlich „konservativen Anlagestrategie“ erwirtschaftet, dienen nicht dem maximalen Profit, sie werden „für die Förderung, die nachhaltige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Bank auch im Sinne der Schaffung eigener unverzinslicher Rücklagen und Reserven sowie für die Unterhaltung des Bankbetriebs eingesetzt.“⁴³ Und mit einem Betriebsergebnis von 381,4 Mio. Euro im Jahre 2014, von denen 279,2 Mio. zur Risikovorsorge und für Bewertungskorrekturen eingesetzt sind, steht sie auch wirtschaftlich einigermassen solide da.

Ginge es nach diesen selbst gesteckten Zielen und Maßstäben, dann müsste die landeseigene Bank auch in Chorweiler anders handeln als eine x-beliebige profitorientierte Geschäftsbank. Sie müsste im Sinne der „ganzheitlichen Förderung von Wohnen und Wohnumfeld sowie einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung“ die Übernahme der 1199 sanierungsbedürftigen Wohnungen an der Osloer Straße und Stockholmer Allee in Chorweiler durch die GAG sogar nach Kräften unterstützen.

Doch ohne wirtschaftliche Not tut sie das genaue Gegenteil: Als Hauptgläubigerin der 2005 pleite gegange-

nen Investorin Bergstedt verlangt sie gemeinsam mit dem Finanzinvestor Talos und der Stadt Köln als weiteren Gläubigern von der GAG die Übernahme von alten Schulden von insgesamt 48,78 Mio. Euro, einer Summe, die den Wert der Häuser bei weitem übersteigt. So verhindert sie „eine zukunftsfähige Stadtentwicklung“, und statt einer „ganzheitlichen Förderung von Wohnen und Wohnumfeld“ verrotten die Häuser weiter.

Nötig für die Mieterinnen und Mieter in Chorweiler, und angesichts der allein im vergangenen Jahr gebildeten Rücklagen zur Risikovorsorge wohl auch ohne größere wirtschaftliche Verwerfungen möglich, ist schlicht, dass die NRW-Bank entsprechend ihren eigenen Zielen den seit Jahren verlorenen Kredit endgültig abschreibt, und so den Weg für die GAG freimacht, die Gebäude zu einem realistischen Preis zu übernehmen und endlich zu sanieren.

70 Jahre danach

8. Mai – Tag der Befreiung und des Gedenkens an die Opfer des Faschismus

Tag der Besinnung: Für Toleranz, Menschenrechte und Menschenwürde

70 Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reiches ist für alle Demokratinnen und Demokraten klar: Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg, der Tag der wiedergewonnenen Demokratie, er ist ein Tag gegen das Vergessen.

Er ist ein Tag des Gedenkens an die vielen Millionen Toten in der Sowjetunion, Europa, Afrika und in Asien. Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Homo- und Transsexuelle, Kranke und behinderte Menschen, Menschen mit religiösen Hintergrund, die sogenannten „Asozialen“, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter wurden verfolgt, gequält und ermordet.

Mit dieser Vergangenheit werden die Deutschen immer leben. Sie haben sich nicht selbst befreit von der Diktatur der Nazis. Nur der Sieg der Alliierten machte einen Neuanfang möglich.

Lange dauerte es, bis die alte Bundesrepublik das Verdrängen und Vergessen ablegte. Erst am 8. Mai 1985 erklärte der damalige Bundespräsident von Weizsäcker:



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

1. MAI 2015
DIE ARBEIT DER ZUKUNFT
GESTALTEN WIR!

1. Mai 2015 in Köln

- 11:30 Uhr Aufstellung Demonstrationszug am Hans-Böckler-Platz
- 12:00 Uhr Demonstration vom Hans-Böckler-Platz zum Heumarkt
- 13:00 Uhr Kundgebung auf dem Heumarkt mit Andreas Kossiski, Vorsitzender des DGB Köln und Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes
- 14:00 Uhr Kultur- und Familienfest auf dem Heumarkt Kabarett: Wilfried Schmickler und Robert Griess Musik: Son de Colonia

www.Koeln-Bonn.DGB.de

DGB 125 Jahre Tag der Arbeit

Zehn Jahre, das reicht!

2005 ging die Immobilienfirma, die sieben Jahre vorher 1200 Wohnungen im Zentrum von Chorweiler gekauft hatte, in Insolvenz. Seitdem stehen die Häuser unter Zwangsverwaltung. Nun diskutieren Stadtrat und Aufsichtsrat der GAG darüber, ob die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG diese Wohnungen kaufen soll. Die GAG saniert die Wohnungen, die Stadt beauftragt die GAG das soziale Umfeld zu verbessern und zahlt ihr dafür 30 Mio. Euro in zehn Jahren, so die Pläne.

Platzjabbeck sprach darüber mit Siggie Heidt, der Leiterin des Sozialbüros der katholischen Gemeinde und der Mieterkontaktstelle in Chorweiler.

Platzjabbeck: Wie sehen Sie und die Mieter der betroffenen Wohnungen die aktuelle Diskussion?

Siggie Heidt: Im Moment sind wir sehr froh über die neuen Entwicklungen bezüglich der zwangsverwalteten Wohnungen im Chorweiler Zentrum. Bewohner haben sich sehr erfreut geäußert, sie hoffen auf eine Instandsetzung der Wohnungen und Häuser. So nahe waren wir einer Lösung noch nie. Wenn die GAG die Häuser kauft, wäre

erstmalig eine Stabilisierung des Viertels gewährleistet. Und damit gäbe es endlich eine Perspektive für die Menschen, dass sich ihre Wohnsituation verbessert. Sollte es nicht zu dem Kauf der Häuser durch die GAG kommen, käme das einer Aufgabe des Stadtviertels gleich. Für einen Finanzinvestor, der kurzfristig Gewinne machen will, rechnet sich eine Sanierung nicht.

Platzjabbeck: Welche Auswirkungen haben die letzten Jahre auf Wohnungen und Bewohner gehabt?

Siggie Heidt: Nahezu zwei Drittel der Wohnungen des Stadtteils sind durch jahrzehntelangen Investitionsstau gefährdet. Er führt immer wieder zu gravierenden Mängeln in den Wohnungen und im Wohnumfeld. Darunter leiden die Menschen. Sollte die Bausubstanz sich weiter verschlechtern, müssten die Häuser dann langfristig abgerissen werden. Die sozialen Folgen für die Bewohner wären bis dahin nicht absehbar.

Vor zwei Jahren, 2013, ist die Zwangsversteigerung auf Initiative der Stadt verhindert worden. Das war ein erster wichtiger Schritt. Jetzt haben wir die einmalige

Chance, die Wohnverhältnisse langfristig zum Guten zu wenden. Die Stadt Köln braucht zusätzlichen Wohnraum. Mit dem Kauf der 1200 Wohnungen in Chorweiler durch die GAG bliebe preiswerter Wohnraum auch zukünftig erhalten.

Platzjabbeck: Sicher muss für die Realisierung öffentliches Geld aufgebracht werden. Aber damit würde für eine sichere Zukunft des Wohnens in Chorweiler investiert.

Siggie Heidt: Wir als Büro für Gemeinwesenarbeit der katholischen Kirchengemeinde sind seit 2008 intensiv mit dem Thema befasst und unterhalten seitdem vor Ort eine Mieterkontaktstelle, die für die Mieter da ist, die in den belasteten Häusern leben. Seit der Zeit fordern wir mit den Mietern gemeinsam Verbesserungen, die aber die Zwangsverwaltung nicht realisiert. Zehn Jahre Zwangsverwaltung – das reicht. Nur mit soliden Eigentumsverhältnissen ist eine nachhaltige, dauerhafte Bewirtschaftung der Wohnungen möglich und damit ihr Erhalt. Deshalb hoffen viele Mieter, dass der Kauf durch die GAG jetzt realisiert wird.

Fortsetzung von Seite 1

„Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen ... Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.“

In den letzten Jahren ist der 8. Mai in mehrerer Hinsicht ein Tag gegen das Vergessen, bundesweit und in Köln: Erinnert sei an Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, an die NSU-Morde und -Anschläge und die gewalttätigen Aufmärsche von extrem rechten Kräften.

Nicht zu vergessen, nicht wegzusehen, bedeutet aktuell auch, zu wissen, dass Geflüchteten aus Deutschland zwischen 1933 und 1945 in vielen Ländern Asyl gewährt wurde. Auch deshalb treten wir heute dafür ein, dass Flüchtlinge willkommen heißen werden, auch in Köln menschenwürdig untergebracht werden und eine Chance bekommen, gemeinsam mit uns zu leben, zu lernen, zu arbeiten und die Gesellschaft zu gestalten.

Der 8. Mai fordert Gedenken und gleichzeitig unser Engagement gegen Rassismus und für ein tolerantes Köln!

Am 8. Mai sprechen: u.a.: Wolfgang Uellenberg van Dawen, Ein Vertreter der Initiative Keupstr. ist überall. Musik+Literatur vom Städtepartnerschaftsverein Köln-Wolgograd



Fortsetzung von Seite 1

Auf einem anderen Blatt steht, ob die 1989 zur Finanzierung des Verkaufes der Häuser durch die landeseigene LEG an die inzwischen bankrotte Investorin Bergstedt vergebenen Kredite einer ‚konservativen Anlagestrategie‘ entsprochen haben oder gar mit den sozialen und wohnungspolitischen Zielen der landeseigenen Bank vereinbar waren. Das bleibt auf der Landes-

ebene zu klären. Unabhängig davon steht aber fest, dass weder die Mieterinnen und Mieter noch die GAG dafür zur Kasse gebeten werden dürfen.

Wolfgang Lindweiler, Jörg Detjen
1 Geschäftsbericht der NRW- Bank 2014, Finanzbericht, S.2
2 a.a.O., S.13
3 a.a.O., S. 52

Aus den Bezirken



■ MÜLHEIM

Bürgerplanung für das Güterbahnhofs-gelände ernst nehmen

Seit Jahrzehnten liegt das Güterbahnhofs-gelände im Norden Mülheims brach. Viele Jahre ließ die Bahn, beziehungsweise ihre Immobiliens-Tochter Aurelis, das Gebiet ungenutzt liegen. Auch der Verkauf an den heutigen Besitzer, die Firma Osmab, hat dem Gebiet bis heute nichts gebracht. Osmab ist auf die Entwicklung von Bürostandorten spezialisiert.

DIE LINKE hat mit Anträgen und Anfragen im Rat und seinen Gremien die Branche immer wieder thematisiert. Von Seiten der Verwaltung wurde seit Jahren beteuert, dass die Entwicklung des Geländes bald Realität werden würde. In einem breiten Beteiligungsverfahren, welches von der Stadtverwaltung initiiert worden ist, nahmen auch viele Anwohner an den Workshops teil und entwickelten Vorstellungen, wie das Gelände künftig aussehen soll. Gewünscht wird ein gemischter Standort, der Wohnen und Arbeiten sowie Kultureinrichtungen dort beinhaltet.

Es soll möglich sein, durch das Gelände hindurch zu fahren oder zu laufen. Das ist für den gesamten Stadtteil Mülheim unverzichtbar. Ein reiner Bürostandort, der zum großen Teil nicht frei zugänglich ist, wäre eine Barriere zwischen den Vierteln um die Berliner Straße und um die Keupstraße. Ein gemischtes Viertel zum Wohnen und Arbeiten dagegen wäre eine Brücke, durch die auch die Keupstraße aus ihrer etwas isolierten Lage herauskommt.

Solch ein gemischtes Viertel böte in Teilen sogar die Möglichkeit für Industriearbeitsplätze. Davon würden die Mülheimer/-innen wahrscheinlich mehr profitieren als von Versicherungsarbeitsplätzen.

Auch die aktuellen Überlegungen aus der Bürgerschaft in Mülheim, ein Migrationsmuseum auf dem Gelände zu realisieren, wird DIE LINKE gerne unterstützen. Um ein solches Projekt voranzutreiben bedarf es eines breiten Bündnisses von Befürwortern, damit die Stadt in diese Richtung

aktiv wird. Es ist schwer vorstellbar, dass der Büroentwickler Osmab für ein solches Vorhaben der richtige Partner ist. Jetzt möchte sich die Zurich-Versicherung eventuell auf dem Gelände ansiedeln. Gleichzeitig treibt sie die Planungen für ihre Ansiedlung in Deutz voran und möchte sich möglichst lange beide Optionen freihalten. DIE LINKE spricht sich für einen Verbleib der Zurich-Versicherung mit in Zukunft circa 4.000 Arbeitsplätzen in Köln aus. In Deutz haben wir mit dem ehemaligen Barmer Block ein Gelände, das sich exzellent für die Ansiedlung der Versicherung eignen würde. Die Verkehrserschließung ist wesentlich besser als in Mülheim. Dafür müssen aber natürlich die Pläne, dort eine Spielbank anzusiedeln, vom Tisch. Es ist einem seriösen Versicherungskonzern nicht zumutbar, eine Spielbank in der Nachbarschaft zu haben.

DIE LINKE hat im Stadtentwicklungsausschuss als einzige Fraktion dagegen gestimmt, im Hauruck-Verfahren einen Bebauungsplan für das Güterbahnhofs-gelände zu beschließen. Es kann nicht sein, dass jahrelange Planungen mit den betroffenen Menschen in Mülheim mit einem Federstrich über den Haufen geschmissen werden und gleichzeitig ein geeignetes Gebiet in Deutz brachliegt.

Michael Weisenstein

■ KALK

Wieviel Schutz bietet der Denkmalschutz?

Eigentümer*innen von denkmalgeschützten Gebäuden kennen das, sie dürfen oftmals nicht so um- oder anbauen oder sanieren, wie sie das gerne würden oder sogar müssten. Das Amt für Denkmalschutz schaut sich die Maßnahmen kritisch an und erteilt nur dann die Genehmigung, wenn es das aus denkmalschüt-

zerischer Sicht auch verantworten kann. In Kalk gibt es hierfür einige Beispiele wie den Kaufhof oder das Klarissenkloster, wo die privaten Bauherren vom Stadtkonservator nicht die erhofften Genehmigungen erhielten. Der Denkmalschutz setzt dem in Deutschland in Art. 14 GG garantierten Eigentumsrecht nun mal Schranken.

Wie aber ist es, wenn kein Privater sondern die Stadt Köln Eigentümerin eines denkmalgeschützten Gebäudes ist? Das lässt sich leider aktuell ebenfalls in Kalk an den ehemaligen KHD-Hallen 76 und 77 in der Neuerburgstraße erleben.

Für Erhalt und Pflege eines Denkmals ist dessen Eigentümer verantwortlich. Wichtig ist der immer wieder auftauchende Zusatz „solange sich die Maßnahmen im Bereich des Zumutbaren befinden“. Kann der Eigentümer die Erhaltungsmaßnahmen nicht finanzieren, bedeutet das nicht automatisch, dass ihm die Erhaltung des Denkmals nicht zugemutet werden darf.

Tatsächlich aber hat die Stadt Köln seit sie die Hallen von einer Sparkassentochter kaufen musste, so gut wie nichts in die Pflege und den Erhalt dieser Industriedenkmale investiert. Jetzt festzustellen, dass die ehemaligen Industriehallen das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben, blieb auch nicht unwidersprochen. Neben engagierten Kalker*innen setzen sich auch Prof. Dr.-Ing. Walter Buschmann (Vorsitzender des Vereins Rheinische Industriekultur, außerplanmäßiger Professor an der RWTH Aachen und Autor zahlreicher Fachpublikationen), Barbara Schock-Werner (ehemalige Dombaumeisterin) und Ulrich Krings (ehemaliger Stadtkonservator) massiv für den Erhalt der Hallen ein. Kalks LINKE Bezirksvertreter sehen die Sache ähnlich, insbesondere da diese Hallen auch als Ausgleich für den quasi Komplettabriss aller Denkmale (außer dem Wasserturmpimmel) auf dem Gelände der CFK ausgewiesen wurden. Mit LINKS wird die Verwaltung den gewünschten Abriss jedenfalls nicht umsetzen.

HP Fischer



Ende letzten Jahres legte die Verwaltung dem Rechnungsprüfungsausschuss einen Bericht über externe Beauftragungen vor. Aus ihm wurde ersichtlich, dass jedes Jahr für über 40 Mio. Euro Aufträge fremdvergeben werden, die eigentlich auch die Verwaltung abwickeln könnte, wenn genügend Personal und Fachkenntnisse vorhanden wären.

Diese Vorgänge hat der Rechnungsprüfungsausschuss seit vielen Jahren kritisiert. Auch die Fraktion DIE LINKE hat verschiedene Vorstöße gemacht, um eine Änderung herbeizuführen.

Externe Beauftragungen reduzieren – Geld sparen

Der erste Bericht über die Fremdvergaben machte deutlich, dass hier erhebliche Einsparmöglichkeiten vorhanden sind und gleichzeitig mehr Personal eingestellt werden kann.

Der Stadtdirektor sieht die Lage ähnlich, wollte es aber bei dem einmaligen Bericht belassen. Nicht so die Fraktionen im Ausschuss. SPD, CDU, Grüne, DIE LINKE und die FDP stellten einen gemeinsamen Antrag, der auch einstimmig beschlossen wurde. Hier die wichtigsten Aussagen:

Die Verwaltung möge „weiterhin jährlich in einem zusammenfassenden Jahresbericht darzustellen, welche externen Beauftragung ab einem Wert von 10.000 Euro erfolgten. Über die Auftragssummen, die Anzahl der Vorgänge und den Stand der ggf. eingeleiteten personalstrategischen Maßnahmen (z. B. Ergebnis make-or-buy) ist ämterbezogen zu berichten. Stellenzusetzungen und deren eventuellen Gegenfinanzierungen über Einsparungen im Sachkostenbereich sind zu beziffern und zu erläutern. Auch hinsichtlich der konkreten Stellenbesetzungen bzw. der freien Stellen und den sich zu dieser eventuellen Problematik ergebenden Lösungsansätzen ist zu berichten.“

Vor der Sitzung machte der Stadtdirektor noch einen Vorstoß. In einer extra zu dem Antrag erstellten Mitteilung schlug er vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen zu überweisen. Er habe nicht das nötige Personal einen jährlichen Bericht zu stellen. Die Antragsteller ließen sich aber nicht beirren. Die Verwaltung wird schon Personal einstellen, wenn das erforderlich ist.

Jörg Detjen

2015 – Der nächste Kürzungshaushalt?

In den vergangenen Jahren sahen die Kölner Haushaltspläne erhebliche Defizite vor: Mit einem Minus von 262,4 Mio. Euro in 2011, von 219,9 Mio. in 2012, von 272,1 Mio. in 2013 und von 237,6 Mio. in 2014 schien die Stadt jedes Mal nur knapp daran vorbeizuschlittern, unter die direkte Kontrolle der Bezirksregierung gestellt zu werden und ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen.

Überschreitet das Defizit einer Stadt zwei Jahre hintereinander einen Wert von fünf Prozent der Allgemeinen Rücklage, so verlangt das Landesgesetz ein solches Haushaltssicherungskonzept. Dieser Wert würde – so der Haushaltsplan – nur um wenige Zehntelprozent unterschritten: 4,25 % (2011), 2,98 % (2012), 4,66 % (2013) 4,27 % (2014).

Das tatsächliche Defizit lag aber nur in 2012 mit 238,9 Mio. in der Nähe des ursprünglich geplanten Wertes. In 2011 lag das Defizit mit 178,5 Mio. etwa 84 Mio. und in 2013 mit 38,1 Mio. gewaltige 234 Mio. unter dem Planwert. Nach derzeitigen – noch nicht abschließenden – Berechnungen der Kämmerei lag in 2014 das tatsächliche Defizit bei 134,8 Mio., also rund 103 Mio. Euro unter dem Planwert.

Jedes Jahr aufs Neue bemüht sich die Kämmerei, die Haushaltslage möglichst dramatisch darzustellen. Vor allem der Verweis auf die 5 %-Schwelle und die dann drohende Haushaltssicherung war die Drohkulisse, vor der Kürzungen durchgesetzt wurden. Die rot-grüne Ratskoalition winkt die Kürzungsvorschläge der Verwaltung regelmäßig mit allenfalls kosmetischen Korrekturen durch, während sie für CDU und FDP nicht scharf genug ausfallen können.

Bei den Beratungen über den Doppelhaushalt 2013/14 hatte DIE LINKE gefordert, die Kürzungen in den Bereichen Soziales, Senioren, Bildung, Jugend und Sport zurückzunehmen. Hierzu hatte die Fraktion einen (komplett gegenfinanzierten) Änderungsantrag eingebracht. In diesem berücksichtigte DIE LINKE nicht nur die für 2013/14 geplanten Kürzungen, sondern auch die Pauschalkürzungen aus dem Haushalt 2010/11 und Maßnahmen aus 2012. Diese Rücknahmen summierten sich in 2013 auf 10,5 Mio. Euro und in 2014 auf 17,9 Mio. Euro.

Für die betroffenen Bereiche waren diese Kürzungen dramatisch, für den städtischen Haushalt geht es dagegen nur um Zehntelprozent – Zehntelprozent, die im Haushaltsplan noch wie der entscheidende Abstand zur 5 %-Schwelle wirkten. Die tatsächlichen Zahlen sind erst zwei Jahre nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes bekannt, und dann ist der Schaden bereits lange angerichtet.

Im Dezember 2014 hat die Kämmerin ihren Entwurf für den Haushalt 2015 vorgestellt. Sie kündigte an, diesen Entwurf mit Ausgaben von etwa 4 Mrd. Euro um 166,7 Mio. Euro zu kürzen. Der „Veränderungsnachweis 1“, in dem diese Kürzungen aufgelistet sind, ging den Fraktionen am 07.04. zu. Stark betroffen sind z.B. der Kitausbau, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und verschiedene Maßnahmen in der Sportförderung. Welche Auswirkungen die Kürzungen im Einzelnen haben werden, wollen wir in den kommenden Wochen mit Anfragen in den Fachausschüssen klären.

Jörg Detjen, Wilfried Kossen

🔊 Sorgenkind offener Ganztag

Quantitativ gesehen ist die Offene Ganztagsbetreuung an den Kölner Grundschulen eine Erfolgsgeschichte. Die Qualität dieser Betreuung aber stand von Beginn an unter erheblichem Kostendruck und konnte mit der Ausweitung der Plätze nicht Schritt halten. Vor allem entspricht die Bezahlung des Personals nicht den hohen Ansprüchen des Programms, so dass Minderleistungen und eine hohe Fluktuation überwiegen. Aber auch die räumliche und materielle Ausstattung der Ganztagsbereiche entspricht vielfach bei weitem nicht den Anforderungen.

Nun zeichnen sich zwar im Zuge der aktuellen Haushaltsplanungen für das laufende Jahr Mehreinnahmen und Minderbedarfe von mehr als 1 Mio. Euro ab. Angesichts der insgesamt höchst brisanten Finanzsituation der Stadt gibt es aber keine Anzeichen dafür, dass diese Gelder etwa zur Anhebung der Vergütung des Ganztagspersonals genutzt werden. Und so ist wohl auch kein Ausgleich für die 2014 und 2015 erfolgte zweimalige Absenkung der städtischen Zuwendungen für den Bereich zu erwarten. Weiterhin wird es also bei den nicht verantwortbaren gravierenden Qualitätsmängeln in der Arbeit der Offenen Ganztagsbereiche an den Kölner Grundschulen bleiben.

Oswald Pannes

Mehr dazu lesen Sie auf unserer Homepage unter www.linksfraktion-koeln.de

Die zerklüftete Republik – Prekär in Köln

Nur eine Woche bevor der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband am 19. Februar seinen neuen Armutsbericht vorgelegt hat, knallten an der Frankfurter Börse die Champagnerkorken. Erstmals sprang der Deutsche Aktienindex (DAX) an diesem Tag über die historische Höchstmarke von 11000 Punkten.

Wer nun glaubt, die verbesserte gesamtwirtschaftliche Lage werde sich doch gewiss auch im „Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014“ niederschlagen, wird bereits in der Einleitung eines Besseren belehrt. Auch die Autor*innen diagnostizieren einen signifikanten Vermögenszuwachs („Nie war in unserem Land der private Reichtum so groß wie heute“), mahnen aber zugleich, dass Deutschland damit alle Möglichkeiten habe, die Armut zu beseitigen. Denn die Crux ist, dass die Armut in Deutschland auf eine Quote von 15,5 Prozent gestiegen ist. Dieses Rekordhoch betrifft 12,5 Millionen Menschen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Einkommens beträgt. Die von der damaligen Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen noch 2013 verbreitete Behauptung, die Einkommensschere in Deutschland schließe sich wieder, entpuppt sich somit als plumpe Propaganda.

Die statistische Wirklichkeit spricht eine ganz andere Sprache. Das Erschreckende an den aktuellen Zahlen ist, dass es offensichtlich keine sinnvolle Korrelation zwischen steigendem volkswirtschaftlichen Reichtum und wachsender Armut mehr gibt. Der Wohlfahrtsverband gleicht die Entwicklung von realem Bruttoinlandsprodukt und Armutsquote ab und stellt eine Entkopplung beider Größen – also von gesamtwirtschaftlichem Erfolg und ansteigender Armut – fest. Der zunehmende Reichtum geht somit mit einer immer größeren Ungleichverteilung einher; der Bericht spricht von Problemen in der „Primär- und Sekundärverteilung“.

Alarmierend ist diese Disproportionalität auch hinsichtlich des Verhältnisses von Erwerbslosenzahlen und Armutsquoten: Im Erfassungszeitraum 2006 bis 2013 stieg die Armutsquote kontinuierlich an, während die offiziellen Arbeitslosenzahlen um 36 Prozent zurückgingen (von 10,8 auf 6,9 Prozent). Ähnlich verhält es sich mit der SGBII-Quote, die im selbigen Zeitraum von 11,2 auf 9,6 Prozent sank. Dieses Missverhältnis weist auf die wachsende Zahl der „working poor“ hin, also die zunehmende Zahl von prekären Beschäftigungsverhältnissen, welche in Deutschland im Wesentlichen durch die Agenda-Reformen gedei-

hen konnten. Demnach sind die Probleme weniger ökonomischer Natur, sondern politisch gewollt, der Armutsbericht beklagt „wirtschafts-, arbeitsmarkt- und verteilungspolitische Unterlassungen“.

Auch in NRW ist ein Anstieg der Armut zu beobachten. Zwar stieg die Quote hier im letzten Jahr nur um moderate 0,8 Prozent auf 17,1 Prozent. In Regionen wie Aachen, Bielefeld, Bonn, Köln oder Münster ist allerdings ein überproportionaler Anstieg zu verzeichnen. Im Ruhrgebiet stieg die Quote sogar auf 19,7 Prozent, was im Länderranking deutlich über „Ostniveau“ liegt. Dem Großraum Köln/Düsseldorf widmet der Bericht gleich einen ganzen Abschnitt mit düsteren Daten und Zahlen, Tabellen und Tendenzen. Bei einem dokumentierten Anstieg um 31 Prozent seit 2006 (von 12,8 auf 16,8 Prozent) muss der Großraum „damit armutspolitisch insgesamt als eine sehr problematische Region betrachtet werden“. Runtergebrochen auf die Stadt Köln ergibt sich eine Armutsquote von 21,5 Prozent (2012: 20,2 Prozent) – das ist sozialer Sprengstoff!

Analysiert man die Armutsquoten nach Altersgruppen, fällt auf, dass die Kinderarmut mit 19,2 Prozent seit Jahren auf anhaltend hohem Niveau verharrt – und damit deutlich über dem Durchschnitt. Die zahlreichen familien- und sozialpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre (z.B. Bildungs- und Teilhabepaket) wollen keine rechte Wirkung entfalten und verpuffen nahezu wirkungslos. Die Situation älterer Menschen stellt sich hingegen zur Zeit noch recht unauffällig dar, die Armutsquote bei den über 65-jährigen ist mit 14,3 Prozent genauso unterdurchschnittlich wie die der Rentner und Pensionäre (15,2 Prozent). Allerdings nimmt die Armut hier sehr viel stärker zu als bei irgendeiner anderen Bevölkerungsgruppe: Bei einem Anstieg bis zu 47,5 Prozent seit 2006 muss von einer „auf uns zurollenden Lawine der Altersarmut“ ausgegangen werden. Eine tickende Zeitbombe, die uns ohne grundlegende Änderungen in der Grundsicherung in weni-

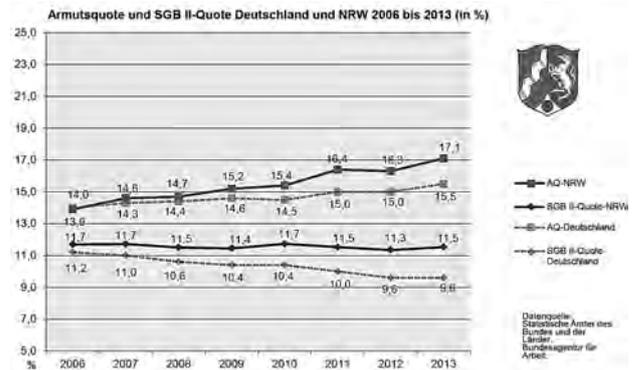


Tabelle 5: Armutsquote und SGB II-Quote nach ausgewählten Großstädten seit 2006 (in %)

Großstadt	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5
Armutsquote	11,2	11,0	10,6	10,4	10,4	10,0	9,6	9,6
SGB II-Quote	11,7	11,7	11,5	11,4	11,7	11,3	11,5	11,5
Berlin	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4
Armutsquote	21,7	22,1	21,7	21,4	21,4	21,9	21,1	20,7
SGB II-Quote	18,3	18,1	22,0	19,5	20,5	20,9	22,0	23,0
Bremen	18,1	17,7	17,3	17,0	17,5	17,1	17,0	17,1
Armutsquote	20,2	20,5	21,3	22,2	23,0	23,5	25,4	25,0
SGB II-Quote	18,4	18,3	18,0	17,7	18,1	18,0	17,7	18,0
Dresden	20,2	22,5	21,5	19,3	19,6	19,4	19,0	18,5
Armutsquote	15,1	15,3	15,0	14,6	14,3	13,6	12,8	12,3
SGB II-Quote	16,2	22,2	19,2	22,9	21,5	23,2	24,6	24,3
Duisburg	18,9	18,7	18,4	18,3	18,7	17,8	17,5	17,5
Armutsquote	14,6	15,7	13,8	14,1	15,4	16,7	17,2	16,7
SGB II-Quote	13,4	13,8	13,5	13,3	13,7	13,6	13,3	13,1
Düsseldorf	13,9	12,6	16,3	16,8	17,8	19,4	19,7	20,6
Armutsquote	17,4	17,8	18,1	18,3	18,5	18,4	18,5	18,9
SGB II-Quote	13,6	12,7	13,7	14,7	13,8	16,0	15,5	14,7
Frankfurt am Main	13,0	13,3	12,9	12,8	12,8	12,3	12,0	12,0
Armutsquote	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9
SGB II-Quote	14,4	14,3	14,0	13,7	13,7	13,5	13,0	12,8
Hannover	19,8	20,5	22,2	21,6	21,2	22,1	22,8	20,8
Armutsquote	-	-	-	-	-	-	-	-
SGB II-Quote	-	-	-	-	-	-	-	-
Köln	16,1	16,9	16,8	17,4	17,3	19,6	20,2	21,5
Armutsquote	14,8	14,8	14,6	14,2	14,4	13,8	13,4	13,4
SGB II-Quote	23,6	25,3	27,0	27,2	26,4	24,5	25,4	25,1
Leipzig	21,6	21,8	21,2	20,7	20,1	19,7	18,2	17,5
Armutsquote	-	-	-	-	-	-	-	-
SGB II-Quote	-	-	-	-	-	-	-	-

gen Jahren um die Ohren fliegen wird.

Neben einer armutsfesten Alterssicherung – beispielsweise einer Rentenniveaustabilisierung bei 50 Prozent – endet der Armutsbericht mit ergänzenden Vorschlägen und politischen Maßnahmen „um eine weitere soziale und regionale Verelendung zu verhindern“. Armutsfeste Einkommen durch eine effektive Mindestlohnpolitik, die spürbare Anhebung der Regelsätze sowie Reformen beim Familienlasten- und Länderfinanzausgleich sind nur einige davon.

Der Armutsbericht 2014 des DPWV trägt den Titel „Die zerklüftete Republik“ und insinuiert demnach, dass es eine wachsende Kluft in der Gesellschaft gibt – die viel zitierte Schere zwischen arm und reich. Er kommt demnach zu tendenziell gleichen Ergebnissen wie vor nicht allzu langer Zeit Bundesregierung und OECD, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und sogar das Institut der Deutschen Wirtschaft. Zahlen liegen reichlich vor; es wäre an der Zeit entschlossen zu handeln.

Michael Scheffer

Der Bericht zur regionalen Armutsentwicklung ist beim DPWV online abrufbar:
<http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/die-zerklueftete-republik/>

Erzieher*innen- und Sozialberufe aufwerten!

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Gewerkschaft ver.di und der Tarifrundung des öffentlichen Dienstes nach einer Aufwertung der Erziehungs- und Sozialberufe. „Der Erzieher*innenberuf muss attraktiver werden, damit genügend junge Menschen eine Ausbildung machen. Denn nur so können die vielen Stellen qualifiziert besetzt werden, die für den U3-Ausbau in Kindertagesstätten gebraucht werden. Dies ist im Interesse der Beschäftigten und Aller, die auf eure Arbeit angewiesen sind, weil sie nicht möchten, dass die Bedürfnisse ihrer Kinder und Familien wegen Personalnot und Zeitmangel unter die Räder kommen;“ so lautete die Kernaussage einer Solidaritätsadresse zu den Warnstreikaktion der städtischen Beschäftigten aus Kölner Kitas und sozialen Diensten zum Auftakt der ‚Aufwertungsrunde‘ am 23. März. Gemeinsam unterzeichnet hatten diese Matthias W. Birkwald, Mitglied des Bundestages; Dr. Carolin Butterwege, Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Köln; Özlem Demirel, Sprecherin des Landesverbandes DIE LINKE.NRW; Angelika Link-Wilden, Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE.Köln und Gisela Stahlhofen, Fraktions-sprecherin DIE LINKE im Rat der Stadt

Köln.

„Die Beschäftigten erwarten zu Recht, dass ihre anspruchsvolle pädagogische Arbeit so bewertet und bezahlt wird, wie die Tätigkeiten von Fachkräften in anderen Branchen,“ so begründet ver.di-Verhandlungsführer Onno Danneberg die Forderung nach einer Neuregelung der Eingruppierungsvorschriften und Tätigkeitsmerkmale für die rund 240.000 Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst.

Da die kommunalen Arbeitgeber sich in den bisherigen Gesprächsrunden so gut wie nicht bewegt haben, steht zu erwarten, dass auch nach dem Warnstreik zur vierten Verhandlungsrunde am 16. April weitere Streiks und Aktionen folgen wer-

den. Zu verdeutlichen, dass die Forderungen der Gewerkschaften auch im Interesse der Eltern liegen, die eine qualifizierte Betreuung für ihre Kinder wollen, wird eine der wichtigen Aufgaben der LINKEN in den kommenden Wochen sein, wenn die Auseinandersetzung sich wahrscheinlich verschärfen wird.

Wolfgang Lindweiler



DIE LINKE demonstrierte solidarisch mit den streikenden Erzieherinnen mit: links Dr. Caroline Butterwege, Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

MBE Kalk: Bebauungsplan darf nicht zur Vernichtung von industriellen Arbeitsplätzen führen!

In der vergangenen Ausgabe berichteten wir über die Proteste der gut 100 Beschäftigten des Kalker Anlagenbauers MBE Cologne für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze im traditionellen Kalker Industriegebiet auf dem ehemaligen KHD-Gelände an der Dillenburger Straße. Akut gefährdet sind diese Arbeitsplätze deshalb, weil das von MBE zurzeit als Industriegebiet genutzte Gelände mit einem neuen Bebauungsplan zu einem Gewerbegebiet umgewidmet werden soll.

Dabei war der ursprüngliche Anlass für die Neuplanung lediglich der Ausbau des Gymnasiums auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses (mittlerweile im Abriss). Geregelt werden darin auch die neuen Nutzungen der mehrere hundert Meter vom Werksgelände der MBE entfernten ehemals vom Autonomen Zentrum genutzten KHD-Flächen an der Wiersbergstraße. Und nach parteiübergreifendem Konsens in der Bezirksvertretung Kalk sollte die Neuplanung ermöglichen, dass die industriellen Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Nachdem die Verwaltung jedoch auch die von MBE genutzten Flächen an der Dil-

lenburger Straße in den Plan aufgenommen hat und eine Umwidmung vorschlägt, bewertet die IG Metall Köln in einer Ende März auf ihrer Internetseite veröffentlichten Erklärung die Folgen für das Unternehmen so:

„Durch die Umwidmung der Flächen in Gewerbegebiet können die dann zulässigen Lärmemissionen für einen voll ausgelasteten Betrieb nur mit millionenschweren Investitionen egehalten werden. Eine Nachtschicht wäre gar nicht möglich.“

Diese Erklärung schließt mit der Forderung, „dass eine industrielle Nutzung der Flächen nördlich der Dillenburger Straße weiter möglich ist.“

Auch der Verein Rheinische Industriekultur spricht sich für eine Fortsetzung der industriellen Nutzung aus, da die von MBE genutzten Gebäude unter Denkmalschutz stehen. Den Erhalt der Industriedenkmäler sieht der Verein am ehesten gewährleistet, wenn sie genutzt werden. Ein ähnliches Schicksal wie das der benachbarten und vom Abriss bedrohten ebenfalls denkmalgeschützten Hallen kann so vermieden werden.

Diesen Forderungen schließt sich DIE

LINKE im Rat und in der Bezirksvertretung ausdrücklich an.

Noch in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses im November hat die Verwaltung erklärt, dass die Planung den Fortbestand des Unternehmens nicht gefährde. Und nicht nur deshalb sehen wir die Stadt in der Pflicht, den Erhalt der industriellen Arbeitsplätze nicht unmöglich zu machen. Denn das Grundstück, auf dem die von einem indischen Konzern übernommene ehemalige KHD-Tochter Anlagen für die Zementindustrie herstellt, wurde von der Sparkasse im Auftrag der Stadt mit dem ausdrücklichen Ziel erworben, in einem der ältesten Industriegebiete der Stadt möglichst viele industrielle Arbeitsplätze zu erhalten.

An dieser wirtschaftspolitischen Zielstellung hält DIE LINKE fest, weil Köln industrielle Wertschöpfung als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung braucht. Für MBE muss deshalb in Kalk eine Lösung gefunden werden, die ausschließt, dass eine Planung, die das Werksgelände nicht einmal unmittelbar betrifft, industrielle Arbeitsplätze vernichtet.

Wolfgang Lindweiler, HP Fischer

Fehler bei der Auszählung des Kommunalwahlergebnisses bekannt geworden

DIE LINKE: Jetzt muss nachgezählt werden

Am 25. Mai 2014 wurde in Köln ein neuer Stadtrat gewählt. Der Kreisverband der CDU legte gegen die Gültigkeit der Wahl des Rates Einspruch ein. Im Stimmbezirk 20874, dem Briefwahlstimmbezirk im Wahlbezirk 14 Rodenkirchen II, Weiß, Sürth, wurde nach der Auszählung von statistischen Auffälligkeiten auf einen Übertragungsfehler geschlossen. Die Stimmen für die CDU-Bewerberin seien fälschlich als Stimmen für die SPD-Bewerberin eingetragen worden und umgekehrt. Dadurch habe die SPD anstelle der CDU ein weiteres Mandat aus der Reserveliste erhalten. Mit dieser Stimme hat die SPD zusammen mit der Fraktion der Grünen und der Stimme des Oberbürgermeisters Jürgen Roters (SPD) eine knappe Mehrheit im Rat.

Mit Beschlüssen vom 30. September 2014 wurden alle Einsprüche gegen die Wahl, auch der Einspruch der CDU, vom neuen Rat zurückgewiesen. Gleichzeitig wurde die Stadtverwaltung aber beauftragt alle 1024 Stimmbezirke erneut auszuwählen. Die Bezirksregierung Köln als Aufsichtsbehörde hob den Ratsbeschluss zur kompletten Neuauszählung im November auf. Darauf beschloss der Rat mit den Stimmen der CDU, der Grünen, FDP und Deine Freunde gegen die Aufhebungsverfügung zu klagen. Der Kreisverband der CDU klagte ebenfalls gegen die Zurückweisung ihres Einspruchs und die Gültigkeit der Wahl des Rates.

Mit Urteil vom 25.03.2015 hat das Verwaltungsgericht Köln die komplette Neuauszählung verboten, weil die Neuauszählung durch die Verwaltung nicht mehr öffentlich erfolgt und somit den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl verletzt.

Mit weiterem Urteil vom 25.03.2015 hat das Verwaltungsgericht Köln entschieden, dass im Stimmbezirk 20874 des Wahlbezirks 14 noch einmal gezählt werden muss.

Das Verwaltungsgericht führte hierzu aus, dass die Kläger, der Kreisvorstand CDU und der Kreisvorsitzende, einen Wahlfehler mit Einfluss auf die Mandatsverteilung gerügt hätten und zur Untermauerung dieses Verdachts (in der juristischen Fachsprache heißt das „Substantiierung des Fehlers“) konkrete, der Überprüfung zugängliche Tatsachen vorgetragen haben. Die Kläger hätten ihren Einspruch auf überprüfbare statistische Auswertungen der Wahlergebnisse und die Betrachtung soziografischer Sondereinflüsse gestützt, die jedenfalls den Schluss zulassen, dass die Stimmzahl bei der Eintragung in die Niederschrift vertauscht worden ist, so das Gericht.

Aufgrund dieser rechtlichen Einschätzung wurde die Wahl Niederschrift vom Verwaltungsgericht Köln überprüft. In der Ergänzung zur Briefwahl Niederschrift fielen einige Fehler auf, die den Verdacht verstärkt hätten, dass dem Wahlvorstand im

Stimmbezirk 20874 für den Ausgang der Wahl bedeutsame Fehler unterlaufen seien. Da auch sonst alles, insbesondere eine vertiefte wahlstatistische Auswertung für eine Vertauschung der Zahl der Stimmen für die CDU- und die SPD-Bewerberin spreche, sei hier dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl (one person – one vote) mehr Gewicht zu geben als dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl.

DIE LINKE sieht die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zur Auszählung in Rodenkirchen kritisch. Die strengen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts zur Begründungs- und Substantiierungspflicht sind der richtige Maßstab. Ansonsten ist zu befürchten, dass jede statistische Abweichung zum Anlass genommen wird, das Wahlergebnis prüfen zu lassen. Das Verwaltungsgericht Köln hat insbesondere keine Stellung dazu genommen, ab welchem Schwellenwert eine statistische Auffälligkeit als Wahlfehler einstufen ist. Statistische Auffälligkeiten kommen in vielen Stimmbezirken vor.

DIE LINKE hat immer wieder erklärt, dass sie einer Neuauszählung zustimmt, wenn tatsächlich Fehler vorliegen. Die jetzt vom Verwaltungsgericht Köln festgestellten Fehler in der Wahl Niederschrift waren vorher nicht bekannt. Daher sollte die Neuauszählung so schnell wie möglich durchgeführt werden.

Güldane Tokyürek

Rheinenergie – Kommunalversorger in der Energiewende

Seit 2010 gehen die Ergebnisse der Rheinenergie und damit die Abführungen an den städtischen Haushalt kontinuierlich zurück. Eine Trendwende ist – wie bei den meisten Kommunalversorgern – nicht in Sicht.

Im Wesentlichen liegt das an den rückläufigen Ergebnissen aus dem Stromverkauf (Eigenerzeugung und Handel), der 60 % des Umsatzes der Rheinenergie ausmacht. Das wiederum hat zwei Hauptursachen: Einmal der Rückgang der Kunden im Privatkundenbereich und zum anderen die sinkenden Margen aus Stromhandel und -eigenerzeugung durch die Neuregelung auf dem Strommarkt. Gegen diese gesetzlichen Vorgaben ist die Rheinenergie weitgehend machtlos.

Der Rückgang im Privatkundenbereich dürfte einerseits auf Wechsler zu Billigtari-

fen, andererseits durch den Wechsel zu Ökostromanbietern zurück zu führen sein. Gegen Billiganbieter kann ein Kommunalversorger mit Tariflöhnen und einer Ausbildung immer noch über den Bedarf hinaus nicht konkurrieren. Überlegenswert wäre, ob die Rheinenergie durch Ausbau ihres ökologischen Profils Neukunden gewinnen kann, denn bei der Eigenerzeugung spielt die Rheinenergie keine ökologische Vorreiterrolle: In 2013 stammen nur 5 % des eigenerzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien. Längerfristig plant die Rheinenergie mit weiteren Zukäufen nicht mehr als die Einhaltung des gesetzlichen Ausbaurahmens. Bei größeren ökologischen Projekten stellt sich aber immer die Frage nach den Auswirkungen auf die Rentabilität und damit auf die Abführung an die Stadt. Zur Ergebnissicherung will die Rheinenergie kun-

denspezifische Energiedienstleistungen ausbauen – allerdings ist sie hier auch nicht alleine, sondern Konkurrenten wie google ausgesetzt, die über ihre Netze über weit mehr kundenspezifische Daten verfügen als die Rheinenergie. Zudem erfordern neue Konzepte wie smart metering die Bereitschaft der Kunden zu Einmalinvestitionen, die sich erst längerfristig über gesunkene Energiekosten amortisieren. Selbst die regionale Ausweitung kann den Ergebnissrückgang nur begrenzen.

Auch wenn die Rheinenergie vergleichsweise gut aufgestellt ist – die goldenen Zeiten mit üppigen Abführungen scheinen jedenfalls mittelfristig ebenso wenig real zu sein wie eine ökologische Vorreiterrolle, und ein umfassendes Patentrezept ist nicht in Sicht.

Astrid Kraus

DIE LINKE setzt Mindeststandards für die Flüchtlingsunterbringung in Köln durch

Zur letzten Ratssitzung hatte DIE LINKE zusammen mit Piraten und Deine Freunde einen Antrag gestellt, der u. a. Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung für Köln forderte. Mit den Stimmen der drei Antragsteller sowie SPD und Grünen wurde ein Änderungsantrag der letztgenannten Fraktionen zur Erarbeitung eben dieser Mindeststandards beschlossen.

Die Notwendigkeit dieser Mindeststandards liegt auf der Hand. Köln muss im nächsten Jahr 3.000 Plätze für Flüchtlinge zusätzlich schaffen. „Das ist eine Herkulesaufgabe! Die Verwaltung lässt sich zu unserer Sorge von den Ereignissen treiben statt Ziele zu setzen. Wie können wir in dieser Notlage die individuellen Rechte der Menschen schützen? Wir brauchen soziale Mindeststandards auch in Notlagen.

Seit 2004 gelten in Köln ungebrochen die Leitlinien zur dezentralen Unterbringung. Sie sehen vor, dass nicht mehr als 80 Flüchtlinge an einem Standort untergebracht werden. Diese Leitlinien werden im Moment dauernd verletzt. Im gemeinsamen Antrag der LINKEN heißt es dazu: „Die Stadt Köln braucht transparente Kriterien, die auch überwacht werden können und keine Standards, die nach Gutdünken ausgehebelt werden können.“

DIE LINKE sieht die Notwendigkeit für soziale Standards für viele unterschiedliche Lebenssituationen. Die wichtigsten liegen im Bereich der sozialen Betreuung und

Versorgung, des Kindeswohls, der Sicherheit der Flüchtlinge, der Freizügigkeit und des Beschwerde-Managements. Für Familien z. B. ist es unverzichtbar, ein Familienleben aufrecht zu halten. Dazu gehört die selbstständige Versorgung und die Möglichkeit zu kochen.

Die Erarbeitung von Mindeststandards heißt aber nicht, dass DIE LINKE die Leitlinien zur dezentralen Unterbringung aufgeben will, im Gegenteil! Wir brauchen sol-

che Mindeststandards, um die jetzige Abwärtsspirale bei der Flüchtlingsunterbringung aufzuhalten! Von diesen Mindeststandards aus können wir daran arbeiten eines Tages - und das muss heißen: möglichst bald! - unsere Leitlinien zur Flüchtlingspolitik wieder umfänglich einhalten zu können. Politik und Verwaltung müssen solche Standards zusammen mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen erarbeiten.

Jörg Detjen



Matthias W. Birkwald, der Kölner Bundestagsabgeordneter der LINKEN, verschaffte sich ein eigenes Bild von den Flüchtlingsunterkünften in Köln. U. a. besuchte er die Notaufnahme in Eil, die in einem ehemaligen Praktiker-Baumarkt eingerichtet wurde. Von links: Claus-Ulrich Pröhl, Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrats; Anja Lenkeit, Mentee von Matthias W. Birkwald; Matthias W. Birkwald, MdB; Herr Kube, Mitarbeiter des Amtes für Wohnungswesen

Kein juristisches Nachspiel für „Hitler-Gruß“ auf „Kögida“-Demo

Das öffentliche Zeigen des sogenannten „Hitler-Grußes“ im Rahmen der „Kögida“-Demo in Deutz am 5. Januar 2015 wird keine juristischen Folgen haben. Die Staatsanwaltschaft Köln stellte nun ein Verfahren aus Mangel an Beweisen ein, obwohl eine komplette Polizeistaffel vor Ort anwesend war. Unter Polizeischutz zog am 5. Januar laut pöbelnd ein Teil der „Kögida“-Demonstranten zum S-Bahn-Gleis des Deutzer Bahnhofs. Dabei stellte sich ein Mann an die Brüstung des Treppenabsatzes und hob seinen rechten Arm zum sog. „Hitler-Gruß“. Damit beging er nach geltendem Recht in aller Öffentlichkeit eine Straftat. Die anwesende Polizeistaffel, die rund 25 bis 30 Personen stark war, ließ den Mann gewähren und unternahm nichts dagegen. Als ich einen der Polizisten auf diese Straftat aufmerksam machen wollte, stieß mich der

Beamte jedoch ohne Vorwarnung beiseite und zog den Gummi-Knüppel hervor, den er dann bedrohlich festhielt. Im gleichen Moment setzte die gesamte dort postierte Polizei-Reihe ihre Sturmhelme auf. Doch anstatt gegen die rechten Randalierer vorzugehen, drängte die Polizei die friedlichen Gegendemonstranten in Richtung Auenweg zurück. Mindestens zwei Polizisten hielten das gesamte Geschehen mit Video-Kameras fest. Da ich davon ausging, dass dabei das Zeigen des „Hitler-Grußes“ gefilmt worden sei oder zumindest einer der anwesenden Polizisten Augenzeuge gewesen sein musste, stellte ich einige Tage später Strafanzeige gegen Unbekannt. Die Staatsanwaltschaft Köln stellte jedoch das Verfahren am 12. März 2015 ein, da „keine Videoaufnahmen oder sonstiges Bildmaterial vorhanden ist.“

Nun kommt ein weiteres Mal ein Neonazi, der öffentlich in Köln in Anwesenheit der Polizei den rechten Arm zum faschistischen Gruß erhob, ohne Strafe davon. Da hilft auch eine Polizei-Kamera bei der Strafverfolgung wenig, wenn sie auf der rechten Seite nichts filmt. Kurz vor der Einstellung dieses Verfahrens hatte ein Kölner Gericht in einem Verfahren zu den „Hogesa“-Krawallen im vergangenen Jahr das Zeigen des „Hitler-Grußes“ vor Polizeibeamten lediglich als Beleidigung und nicht als Straftat bewertet. Es stellt sich die Frage, ob sich nun dadurch Neonazis ermuntert fühlen, offen auf der Straße ihre Gesinnung in Anwesenheit der Polizei zur Schau zu tragen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Frank Schwalm

Griechenland als Vorbild für die EU?

Vergangenen Monat veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Uni Köln den Infoabend „Europäischen Frühling?“. Es referierten Dr. Steffen Lehdorff, Sozialforscher und Wirtschaftswissenschaftler mit Schwerpunkt Beschäftigungssysteme im europäischen Rahmen, und der Rechtsanwalt und Ex-MdL Michael Aggelidis, Syriza-Sprecher in Deutschland und Mitglied des LINKE-Landesvorstands.

Chronik einer Bankenrettung

Zunächst skizzierte Michael Aggelidis den Verlauf der Bankenrettung in Griechenland. Nachdem die Steuereinnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise 2007 eingebrochen sind, wurde Griechenland von der Troika gezwungen, seinen Haushalt in unvergleichbarer Weise einzuschränken. Das ließ die Ausgaben für das Gesundheitswe-

sen auf die Hälfte der OSZE-Standards einschmelzen mit der Folge massiver Klinikschließungen. Das Wirtschaftswachstum sank auch mit Hilfspaketen auf bis zu -7 %.

Die Versprechen der neuen Syriza-Regierung beheben nur die massiven Mängel der öffentlichen Versorgung eines kaputtgesparten Landes: Wohnungsbeihilfen, kostenloser Strom für 300.000 Haushalte, Essenzuschuss für Familien, Medikamente ohne Zuzahlungen, Weihnachtsgeld für verarmte Rentner*innen. Keine einfache Aufgabe, hatte die Vorgängerregierung schließlich sämtliche Unterlagen verschwinden lassen.

Linker Ausbruchversuch

Für Steffen ist die Folge dieses ersten Ausbruchversuchs einer linksgeführten Regierung die Schaffung eines Spielraums

für nicht neoliberale Politik in der Eurozone. Eine Perspektive besteht in der Umgestaltung der europäischen Währungsunion von einer Konkurrenz- zu einer Solidarunion. Dabei ist Druck von der Ebene nationaler Regierungen ebenso vonnöten wie von den sozialen Bewegungen. Heute kommt der stärkste Druck aus Krisenländern, wie etwa in Spanien die Bewegung gegen Zwangsvollstreckungen und zur Verteidigung sozialer Dienstleistungen. Den aktuellen Kompromiss in der Griechenlandfrage bezeichnet er als ersten kleinen Erfolg, „so hässlich wie die Realität in Europa“. Echte Alternativen zum Neoliberalismus haben noch keinen Fuß in der Tür, doch sie ist offen. Als Fazit bleibt ihm: „Revolution in einem Land gibt es nicht.“

Felix Schneider

Attac gratuliert Kölnerinnen und Kölner zur Anti-TTIP-Resolution

Köln ist die erste Millionenstadt, die eine TTIP-kritische Resolution verabschiedete. Auf der Ratssitzung am 24. März wurde ein gemeinsamer Antrag mit großer Mehrheit beschlossen. Von den demokratischen Kräften stimmten lediglich die FDP und der Einzelmandatsträger von den Freien Wählern dagegen. Das nahm attac zum Anlass, der Kölner Bevölkerung auf ihrer Internetseite (www.attac.de) zu gratulieren.

DGB begrüßt Resolution des Rates zu TTIP, CETA und TISA

Der gestern gefasste Beschluss des Kölner Rates zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA ist nach Auffassung des Kölner DGB ein wichtiges politisches Signal in Richtung Bundesregierung und Europäischem Parlament. „Wir freuen uns, dass der Rat mit großer Mehrheit die Bedenken von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen teilt und eine grundsätzliche Neuausrichtung der Verhandlungen fordert“, so der Kölner DGB-Vorsitzende Andreas Kossiski.

Die bisherigen Verhandlungen von TTIP, CETA und TISA sind nach Auffassung des Kölner DGB ein Freibrief für die Beseitigung aller Handelshemmnisse. Schutzrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Verbraucherinnen und Verbrauchern, soziale Standards sowie der Schutz der Umwelt wurden bei den Verhandlungen nicht ausreichend berücksichtigt. Die

Kölner Rat lehnt TTIP und CETA ab

In seiner Ratsrede führte Jörg Detjen aus

dass er die kommunale Daseinsvorsorge durch die Freihandelsabkommen TTIP und CETA bedroht sieht: „*Das internationale Kapital sucht weltweit Anlagemöglichkeiten. Internationale Konzerne wollen sich in kommunalen Unternehmen einnisten, sie aufsaugen und zerstören. Deshalb müssen wir diese Verträge ablehnen.*“ In der kommunalen Daseinsvorsorge dagegen liegt ein emanzipatorischer Ansatz „für ein faires, gerechtes und soziales Wirtschaftshandeln, das ausbaufähig ist. Mit CETA, TTIP kann dieser Ansatz restlos zerschlagen werden.“ ... „Im CETA-Abkommen werden die Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als Investition definiert. Durch diese Definition unterliegen sie nun

geplanten Vereinbarungen gefährden die Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge und schränken die Handlungsfreiheit der Städte drastisch ein.

„Freihandel ist kein Wert an sich. Es geht darum, Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen, wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards zu verbessern sowie faire Wettbewerbs- und gute Arbeitsbedingungen zu fördern,“ so der Kölner DGB-Vorsitzende.

Pressemitteilung des DGB Köln vom
25. März 2015



anderen Verpflichtungen als nach dem EU-Recht. Durch die Wahl des Negativlistenansatzes in CETA sind zahlreiche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge nicht geschützt.“ ... „Die Bürgerinitiative NO TTIP weist zu Recht auf die Gefahren der Standstill- und Ratchet-Klausel hin, die automatisch neue Rechtssysteme schafft. Wir wollen nicht, dass ein durch CETA und TTIP strukturierter Freihandel der Normalzustand der Weltwirtschaft wird.“

Deshalb begrüßt DIE LINKE das breite Anti-TTIP-Bündnis, das nun zum Erfolg einer wichtigen gemeinsamen Resolution geführt hat.

Doch das Freihandelsabkommen ist damit noch nicht gestoppt. Breiter und langanhaltender Widerstand ist auch weiterhin nötig. Deshalb ruft DIE LINKE zur Beteiligung am weltweiten Aktionstag am 18 April auf.

Mehr über weitere Aktionen unter
www.linksfraktion-koeln.de

TERMINE

Sa., 18. April
Markt oder Menschenrechte? Kita, Jugendhilfe und soziale Arbeit im Spagat.
Fachtagung der LINKEN in der Landschaftsversammlung Rheinland.
Beginn 11 Uhr bis 16 Uhr,
LVR-Horionhaus, Hermann-Plünder-Str. 1, Köln-Deutz.

TTIP, CETA, TiSA in die Tonne! Zentrale Kundgebung u. dezentrale Aktionen beim weltweiten Aktionstag gegen Freihandelswahnsinn.
Ort: Rudolfplatz, 12 bis 14 Uhr.

Mo., 20. April
NSU-Morde und Keupstraßenattentat. Wen schützt der Verfassungsschutz: den Rechtsstaat oder seiner Feinde? ReferentInnen: Martina Renner (MdB), Massimo Perinelli („Keupstr. ist überall“).
Ort: Allerweltshaus, 19.30 Uhr.

Sa., 25. April
Das Filmporträt der Grande Dame der senegalesischen Literatur: **KEN BUGUL – NIEMAND WILL SIE**
Regie: Silvia Voser; Schweiz 2013; OF m. dt. UT; 62 min.
Ken Bugul – aus der Sprache Wolof – ist das Pseudonym für eine Schriftstellerin, die dort lebt, wo ihre Seele zu Hause ist, in einem Land in Afrika.
Ken Bugul ist eine der bedeutenden Schriftstellerinnen des afrikanischen Kontinents, die in Französisch schreiben.

Im Anschluss Filmgespräch mit Ken Bugul (Senegal) und Silvia Voser (Schweiz)
19.30 Uhr, Filmhauskino Köln, Maybachstr. 111, 50670 Köln.
Veranstalter: FilmInitiativ Köln e.V.

Sa., 25. April
Anti-Kohle-Kette 2015. Menschenkette gegen den Klimakiller Braunkohle, 15h
Abschlusskundgebung, Hop Stop Banda, Purple Schulz, Markt der Möglichkeiten, Infostände, Infos+Anfahrt: anti-kohle-kette.de. Ort: Braunkohlentagebau Garzweiler, 12 Uhr.

So., 26. April
Von Westafrika nach Westeuropa und zurück: KEN BUGUL (Senegal/F) liest aus Die Nacht des Baobab und weiteren Romanen
Autorenlesung und Gespräch wird moderiert von Marija Bakker und von der Regisseurin Silvia Voser ins Deutsche übertragen, die deutschen Texte liest Babette Michel. „Schreiben heißt, die Sinne zu betören, und die Sinne haben keine Farben.“ (Ken Bugul)
Allerwelthaus, Körnerstr. 77-79, 50823 Köln, 13 Uhr.

Di., 28. April
Friedenskongress und Kriegseinsatz – Frauen im Ersten Weltkrieg. Heute vor hundert Jahren trafen sich über 1100 Frauen zu einer Friedenskonferenz in Den Haag, trotz polizeilichen Ver-

Kooperationsveranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Montag, 20. April, 19:30 h, Rosa-Lux Sülz-Klettenberg,
Projekt Menschenrechte im Allerweltshaus
Allerweltshaus, Körnerstr. 77:
NSU-Morde und Keupstraßenattentat:
Wen schützt der Verfassungsschutz: den Rechtsstaat oder seine Feinde?
• Martina Renner, MdB
• Massimo Perinelli, Initiative „Keupstr. ist überall“

Donnerstag, 7. Mai, 19:30 h
RLS NRW, verdi, WDR, Freischreiber, Nachdenkseiten, Linke Medienakademie
DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz
„Lügenpresse“ – Unwort oder gelungene Beschreibung?
Ein Streitgespräch
• Stephan Hebel, Frankfurter Rundschau und Jury für das Unwort des Jahres
• Walter van Rossum, Autor und Medienkritiker
• Moderation: Brigitte Baetz

Dienstag, 19. Mai, 19.30 Uhr, Alte Feuerwache
Was bleibt vom Sozialismus in Vietnam?
Diskussion mit Nadja Charaby, ehemalige Leiterin des RLS-Büros in Hanoi, und Stefan Kühner, stv. Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft Vietnam
Ho Chi Minh, der am 19. Mai 125 Jahre alt würde, liegt in einem großen Mausoleum in Hanoi und sein Porträt hängt in allen Büros. Aber was ist heute das Ergebnis des Befreiungskampfs gegen den US-Imperialismus, für den sich viele hierzulande engagiert haben und der immer noch unser Bild von Vietnam prägt?
Vietnam – das ist für viele von uns das Land, das als mutiger David den Goliath des US-Imperialismus besiegt hat. Doch heute steht es in der ersten Reihe der südostasiatischen Länder, die ein Freihandelsabkommen mit den USA abschließen wollen. Die Regierung holt ausländische Investoren ins Land, doch die Arbeitsbedingungen in deren Firmen provozieren immer wieder Streiks.
Wir diskutieren mit
• Nadja Charaby, ehemalige Leiterin des RLS-Büros in Hanoi, Vietnam und
• Stefan Kühner, stv. Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft Vietnam

bots. Die Vertreterinnen aus 13 Staaten verfassten Forderungen nach einem Waffenstillstand, Rüstungskontrolle und einem internationalem Schiedsgericht. Die Sozialistinnen versuchten, die Massen zu mobilisieren und organisierten Demonstrationen. Das Friedensbildungswerk und der Frauengeschichtsverein würdigen diesen revolutionären Kongress. 20.00 Uhr, Friedensbildungswerk

Mi., 29. April
Christian Graf von Krockow: Die Stunde der Frauen
Lesung u. Gespräch mit Marija Bakker, Dr. Britta J. Dombrowe u. Hanna Krstic, Ak 5.-
Ort: EL-DE Haus, 19.30 Uhr.

Tag des guten Lebens. Treffen für Nachbarschaften u. Interessierte, Vorstellung des Halteverbotsplans für den 31.5. von Agora Köln, Info: tagdesgutenlebens.de.
Ort: Schiller-Gymnasium, Nikolausstr. 55, Sülz, 19 bis 21 Uhr.

Aus der Braunkohle aussteigen!
In die Zukunft investieren.
Arbeitsplätze im Revier schaffen.
Ökologisch · Sozial · Konsequenz

www.dielinke-rhein-erft.de

DIE LINKE.
KREISVERBAND RHEIN-ERFT

1. MAI 2015 DIE ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN WIR!

1. Mai 2015 in Köln

- 11:30 Uhr Aufstellung Demonstrationszug am Hans-Böckler-Platz
- 12:00 Uhr Demonstration vom Hans-Böckler-Platz zum Heumarkt
- 13:00 Uhr Kundgebung auf dem Heumarkt mit Andreas Kossicki, Vorsitzender des DGB Köln und Bernadette Ségal, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes
- 14:00 Uhr Kultur- und Familienfest auf dem Heumarkt Kabarett: Wilfried Schmickler und Robert Griess Musik: Son de Colonia

www.Koeln-Bonn.DGB.de



Café Impuls. „Der Tauschring Köln“, Leistung gegen Leistung tauschen, Eintritt frei. Ort: *Raum 033, Bürgerhaus Stollwerck, 11 Uhr.*

Do., 30. April Todesfabrik Auschwitz. Topographie u. Alltag in einem Konzentrations- u. Vernichtungslager, Führung, Senioren Treff. Ort: *EL-DE Haus, 15 Uhr.*

NS-Verbrechen vor Gericht. Eine Prozessbeobachterin blickt zurück. Vortrag von Ingrid Müller-Münch, Ak 4,50. Ort: *EL-DE Haus, 19 Uhr.*

Fr., 1. Mai 1. Mai-DGB Demonstration und Kundgebung. Beginn 11.30 Uhr, DGB Haus. Kundgebung ab 13 Uhr, Heumarkt

So., 3. Mai LINKER Frühschoppen: Kita- Streiks und Elterninteressen. Mit Tjark Sauer, ver.di- Sekretär Fachbereich Gemeinden und Dr. Carolin Butterwegge, Vertreterin der LINKEN im Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Köln. *Wahlkreisbüro Matthias W. Birkwald, Severinswall 37, 50678 Köln 11.00 – 13.00*

Mo., 4. Mai Acht Brücken: Politische Musik heute. Gespräch mit Heiner Goebbels u. Louwrens Langvoort, *Mu-*

seum Ludwig, 12.30 Uhr.

Di., 5. Mai Georg Katzer & Jochen Voit (Komponist, Historiker), **Podiumsdiskussion über Geschichte u. Gegenwart des politischen Liedes**, Eintritt frei. Ort: *Philharmonie, 12.30 Uhr.*

Die Trümmer von der Seele räumen. Vortrag von Bettina Alberti, in der Reihe Frauenerfahrungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart – 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ort: *Karmel Maria vom Frieden, Vor den Siebenburgen 6, 18 Uhr.*

Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP) – Was handeln wir uns ein? Diskussion mit Jürgen Matthes (Institut d. dt. Wirtschaft), Dr. Friedhelm Hengsbach (Jesuit), Elmar Brok (MdB, Europ. Volkspartei), Fabio de Masi (MdB, Europ. Linke) u. Alessa Hartmann (Power Shift-Verein). Ort: *Domforum, 19.30 Uhr.*

Konzepte zur Integration von neu Angekommenen Plenum mit Frau Dr. Klein (Dezernat f. Bildung, Jugend u. Sport), Reihe Einwanderungsland Deutschland: Hintergründe – Kontroversen – Perspektiven. Ort: *Domforum, 19 Uhr.*



Fr., 8. Mai Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Veranstaltung von Köln stellt sich quer am Hansaring, 16 Uhr

Mo., 11. Mai Friedrich Tillmann (1903-1964), Kölner Waisenhausdirektor u. NS-»Euthanasie«-Beauftragter, Vortrag von Klaus Schmidt, im Rahmen der Ausstellung „erfasst verfolgt vernichtet“, Eintritt frei. Ort: *Nordfoyer, LVR-Landeshaus, Kennedy-Ufer 2, 19 Uhr.*

Aufbau des Demokratischen Konföderalismus in Rojava (Kurdistan), Libertäre Wochen 2015. Vortrag u. kritische Diskussion. Ort: *SSK-Ehrenfeld, Liebigstr. 25, 19 Uhr.*

Di., 12. Mai Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen. Talk mit Dr. Frank Johannes Hensel, Kara Huber, Frido Pflüger u. Sonya Winterberg, in der Reihe Frauenerfahrungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart – 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ort: *Domforum, 17 Uhr.*

Wir sind, was wir erinnern. Zwei Generationen nach Auschwitz: Stimmen gegen das Vergessen, Referent: Dr. Konrad Görg. Ort: *Domforum, 19.30 Uhr.*

Ratssitzung (mit Liveticker auf stadtrevue.de!). Ort: *Ratssaal, Spanischer Bau, Rathaus, 15.30 Uhr.*

Mit gedacht – Nachhaltige Stadtentwicklung. Wie geht das? Städte im Vergleich, Diskussion, VA: Allerweltshaus, Agora, KölnAgora, KölnGlobal, VHS, Eintritt frei. Ort: *VHS- Forum im Museum, 19 Uhr.*

Mi., 20. Mai Vom Recht auf innere Sicherheit zu einem gestaltendem Einwanderungsrecht. ReferentInnen: Dag-

Stopp Ebola

Benefiz "Hilfe für Guinea e.V."

Wilfried Schmickler
Tom Words & Céline / Musik

17. Mai 20.00 Lutherkirche Köln Süd
Einlaß 19.00



Karten an der Abendkasse ab 10,- €
Spenden helfen im Kampf gegen Ebola
Reservierung unter: info@hilfe-tuer-guinee.de

mar Dahmen (Ausländerbehörde Köln), Claus Ulrich Pröls (Flüchtlingsrat), Reihe Einwanderungsland Deutschland: Hintergründe – Kontroversen – Perspektiven, Eintritt frei. Ort: *Friedensbildungswerk, 19.30 Uhr.*

Do., 21. Mai Flüchtlinge willkommen heißen. Netzwerktreffen rund um die Kölner Wohnheime, Eintritt frei. Ort: *Melanchthon Akademie, 19.30 Uhr.*

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 11.5.2015

TERMINE DER FRAKTION

ARBEITSKREISE
AK Gesundheit und Inklusion
Di, 21.4., 17.30 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Mi, 23.4., 20 Uhr
AK Integration
Do, 23.4., 18 Uhr
AK Stadtentwicklung
Do, 23.4., 18.30 Uhr

AK Frauen
Mi, 13.5., 16.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion
Di, 19.5., 17.30 Uhr
AK Umwelt
Mi, 20.5., 16.45 Uhr
AK Soziales
Do, 21.5., 18 Uhr
AK Kunst und Kultur
Do, 28.5., 18.30 Uhr
AK Jugend und Schule
Di, 2.6., 20 Uhr

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

JAMAICA, FRAU REKER UND DIE FRAUENFÖRDERUNG

Es war schon eine denkwürdige Ratssitzung am 24. März 2015, als im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung eine Personalie aufgerufen wurde. Es ging um die Gehaltsanpassung einer neu berufenen Amtsleiterin an den Tarif. Zu meinem Entsetzen lehnte das Jamaica-Bündnis aus Grünen, CDU und FDP geschlossen die Vorlage ab. Am Gesichtsausdruck und späteren Äußerungen von Frau Reker konnte man ablesen, dass sie als städtische Angestellte über die Verweigerung einer üblichen Gehaltsanpassung ohne Sachgrund entsetzt war.

Was war geschehen? Vor einigen Monaten hatte Oberbürgermeister Roters Lie Selter zur Personalamtsleiterin befördert. Frau Selter ist nicht irgendeine Person, sondern war die erste Frauenbeauftragte einer Großstadt und steht für einen emanzipatorischen, feministischen Politikansatz. Von der CDU-FDP-Koalition wurde sie nach deren Machtantritt 1999 versetzt. Später leitete sie die Dienststelle der städtischen Kinderheime. Frau Selter ist zwar Mitglied der SPD, steht aber den Grünen durch ihren Politikansatz sehr nahe.

Bei der Suche nach einem Personalamtsleiter oder -leiterin gab es eine normale interne Ausschreibung unter Beteiligung des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten. DIE LINKE freute sich über eine so mutige Personalentscheidung für das wichtige Personalamt. Alles schien gelaufen, kein Wort der Kritik war laut geworden.

Dann kam vor einigen Wochen eine Verwaltungsvorlage bezüglich einer üblichen Gehaltsanpassung. Ohne Begründung lehnten CDU, Grüne und FDP die Vorlage im Hauptausschuss ab. In der Presse erklärten Grüne und FDP, es müsse Schluss sein mit der sozialdemokratischen Vettern(?)wirtschaft - und das nachdem

von sechs neubesetzten Amtsleiterstellen zwei mit Sozialdemokraten, zwei mit Christdemokraten und zwei durch parteilose Bewerber/-innen besetzt wurden. So etwas nennt man freundlich ausgedrückt „frauenfeindliches Nachtreten“ und Stimmungsmache gegen gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte.

FDP und Grüne sind bürgerliche Klientel-Parteien, die schon immer ein gespaltenes Verhältnis zum Tarifrecht haben. Die Grünen sollten aber mal durchdenken, was wäre, wenn die Lehrerin oder der Lehrer, die sich bei den Grünen beheimatet fühlen, der Willkür der Verwaltung ausgeliefert wären. Die Grünen kritisieren zu Recht die unzureichende Frauenförderung in den öf-

fentlichen Behörden oder beklagen beim Equal Pay Day die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. Anscheinend reine Lippenbekenntnisse, wenn es sich um arbeitende Frauen mit anderem Parteibuch handelt - haben sie doch jetzt ohne Not diese Einkommensgleichheit verhindert.

Der Frauenförderung sind die Grünen mit ihrem Verhalten in den Rücken gefallen. Das Jamaica-Bündnis brüskiert ihre Oberbürgermeisterkandidatin, in dem sie für städtischen Angestellte Bezahlung nach Gutsherrenart durchsetzt.

Jörg Detjen



Lila Fahnen auf dem Wiener Platz: Eine überwiegend von kurdischen Frauen organisierte Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März